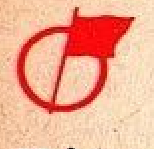
# Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa

Dokument
der Konferenz der kommunistischen
und Arbeiterparteien Europas
Berlin, 29. und 30. Juni 1976



Dietz Verlag Berlin 1976

Lizenznummer 1
LSV 0246
Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung: (140) Neues Deutschland, Berlin, 25402
Best.-Nr.: 736 742 4
DDR 0,40 M

Am 29. und 30. Juni 1976 fand in Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, eine Konferenz von 29 kommunistischen und Arbeiterparteien Europas statt. An der Konferenz nahmen Delegationen folgender Parteien teil:

**Kommunistische Partei Belgiens,** unter Leitung des Genossen **Jean Terfve,** Stellvertretender Vorsitzender der Partei;

**Bulgarische Kommunistische Partei,** unter Leitung des Genossen **Todor Shiwkow,** Erster Sekretär des Zentralkomitees;

**Kommunistische Partei Dänemarks,** unter Leitung des Genossen **Knud Jespersen,** Vorsitzender der Partei;

**Deutsche Kommunistische Partei,** unter Leitung des Genossen **Herbert Mies,** Vorsitzender der Partei;

**Sozialistische Einheitspartei Deutschlands,** unter Leitung des Genossen **Erich Honecker,** Generalsekretär des Zentralkomitees;

**Kommunistische Partei Finnlands,** unter Leitung des Genossen **Aarne Saarinen,** Vorsitzender der Partei;

**Französische Kommunistische Partei,** unter Leitung des Genossen **Georges Marchais,** Generalsekretär der Partei;

**Kommunistische Partei Griechenlands,** unter Leitung des Genossen **Harilaos Florakis,** Erster Sekretär des Zentralkomitees;

**Kommunistische Partei Großbritanniens,** unter Leitung des Genossen **Gordon McLennan,** Generalsekretär der Partei;

**Kommunistische Partei Irlands,** unter Leitung des Genossen **Michael O'Riordan,** Generalsekretär der Partei;

**Italienische Kommunistische Partei,** unter Leitung des Genossen **Enrico Berlinguer,** Generalsekretär der Partei;

**Bund der Kommunisten Jugoslawiens,** unter Leitung des Genossen **Josip Broz Tito,** Vorsitzender der Partei;

**Luxemburgische Kommunistische Partei,** unter Leitung des Genossen **Dominique Urbany,** Vorsitzender der Partei;

**Kommunistische Partei der Niederlande,** unter Leitung des Genossen **Henk Hoekstra,** Vorsitzender des Parteivorstandes;

**Kommunistische Partei Norwegens,** unter Leitung des Genossen **Martin Gunnar Knutsen,** Vorsitzender der Partei;

**Kommunistische Partei Österreichs,** unter Leitung des Genossen **Franz Muhri,** Vorsitzender der Partei;

**Polnische Vereinigte Arbeiterpartei,** unter Leitung des Genossen **Edward Gierek,** Erster Sekretär des Zentralkomitees;

**Portugiesische Kommunistische Partei,** unter Leitung des Genossen **Alvaro Cunhal,** Generalsekretär der Partei;

**Rumänische Kommunistische Partei,** unter Leitung des Genossen **Nicolae Ceauşescu,** Generalsekretär der Partei;

**Kommunistische Partei San Marinos,** unter Leitung des Genossen **Ermenegildo Gasperoni,** Vorsitzender der Partei;

**Linkspartei-Kommunisten (Schweden),** unter Leitung des Genossen **Lars Werner,** Vorsitzender der Partei;

**Partei der Arbeit der Schweiz,** unter Leitung des Genossen **Jakob Lechleiter,** Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees;

**Kommunistische Partei der Sowjetunion,** unter Leitung des Genossen **Leonid Iljitsch Breshnew,** Generalsekretär des Zentralkomitees;

**Kommunistische Partei Spaniens,** unter Leitung des Genossen **Santiago Carrillo,** Generalsekretär der Partei;

**Kommunistische Partei der Tschechoslowakei,** unter Leitung des Genossen **Gustáv Husák,** Generalsekretär des Zentralkomitees;

**Kommunistische Partei der Türkei,** unter Leitung des Genossen **I. Bilen,** Generalsekretär des Zentralkomitees;

**Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei,** unter Leitung des Genossen **János Kádár,** Erster Sekretär des Zentralkomitees;

**Sozialistische Einheitspartei Westberlins,** unter Leitung des Genossen **Erich Ziegler,** Stellvertretender Vorsitzender der Partei;

**Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns (AKEL),** unter Leitung des Genossen **Christos Petas,** Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees.

Die Vertreter dieser Parteien führten einen Meinungsaustausch über einen begrenzten Kreis von Fragen, die den Kampf für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa betreffen. Zur Erreichung dieser Ziele ist jede der teilnehmenden Parteien willens beizutragen.

Die Teilnehmer der Konferenz unterstreichen die feste Entschlossenheit ihrer Parteien, auch künftig auf der Grundlage der von jeder Partei in Übereinstimmung mit den sozialökonomischen und politischen Bedingungen sowie den nationalen Besonderheiten des jeweiligen Landes völlig selbständig und unabhängig ausgearbeiteten und beschlossenen politischen Linie einen konsequenten Kampf zu führen, um die Ziele des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts zu erreichen, was den allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse, der demokratischen Kräfte, der Volksmassen aller Länder entspricht.

Mit aller Bestimmtheit erklären sie, daß die Politik der friedlichen Koexistenz, die aktive Zusammenarbeit der Staaten unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung und die internationale Entspannung sowohl den Interessen jedes Volkes als auch der Sache des Fortschritts der gesamten Menschheit entsprechen und keinesfalls einen politischen und sozialen Status quo in den verschiedenen Ländern bedeuten, sondern im Gegenteil die besten Voraussetzungen schaffen für die Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte sowie für die Durchsetzung des unabdingbaren Rechtes eines jeden Volkes, frei seinen Entwicklungsweg zu wählen und zu beschreiten, für den Kampf gegen die Herrschaft der Monopole, für den Sozialismus.



Die Teilnehmer der Konferenz stellten fest, daß sich in der internationalen Lage wesentliche positive Wandlungen vollzogen haben, die das Ergebnis der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Sache des Friedens, der

Demokratie, der nationalen Befreiung, der Unabhängigkeit und des Sozialismus, das Ergebnis der Verstärkung des Kampfes der Volksmassen und breiter politischer und gesellschaftlicher Kräfte sind. Das hat den Prozeß des Übergangs von einer Politik der Spannung und Konfrontation zur Durchsetzung des Kurses auf Entspannung, auf Normalisierung und allseitige Entwicklung neuer Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern bewirkt.

Auf dieser Grundlage ist auch in Europa eine neue Situation entstanden. Wichtige Probleme, die die internationale Atmosphäre vergifteten, darunter einige seit dem zweiten Weltkrieg ungeregelte Probleme, wurden durch Verhandlungen gelöst; es wurden zahlreiche Verträge, Abkommen, Deklarationen und andere Vereinbarungen zwischen den Staaten im Geiste der friedlichen Koexistenz geschlossen. All das hat Bedingungen für die Entwicklung neuer Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, für die Überwindung der Spaltung des Kontinents in einander gegenüberstehende Militärblöcke, für die Abrüstung geschaffen.

Allein die Durchführung der Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa widerspiegelt mit größter Deutlichkeit die Veränderungen, die sich auf dem Kontinent vollzogen haben im Ergebnis des von den Völkern im Krieg gegen den Faschismus errungenen Sieges und des von ihnen bekundeten Willens, in Frieden und Sicherheit zu leben und zusammenzuarbeiten und ihre Zukunft im Einklang mit ihren legitimen Bestrebungen zu gestalten. Diese Konferenz von historischer Bedeutung erarbeitete und fixierte die Prinzipien der freundschaftlichen Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten: souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte; Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt; Unverletzlichkeit der Grenzen; territoriale Integrität der Staaten; friedliche Regelung von Streitfällen; Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit; Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker; Zusammenarbeit zwischen den Staaten; Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bekräftigte die Möglichkeit und den realen Nutzen, komplizierteste internationale Probleme unter Beteiligung aller interessierten Länder auf der Grundlage ihrer völligen Gleichberechtigung zu behandeln und zu lösen. Sie eröffnete neue Perspektiven für die weitere Festigung des Friedens und der Sicherheit, für die fruchtbare Entwicklung der Beziehungen und der Zusammenarbeit

zwischen allen Ländern Europas. Das wird positive Auswirkungen für alle Völker der Welt haben.

Die Wirksamkeit der in Helsinki erreichten Vereinbarungen hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie konsequent und genau alle Teilnehmerstaaten die von ihnen vereinbarten zehn Prinzipien einhalten und alle Festlegungen der Schlußakte, die eine Einheit bilden, erfüllen. Sie wird um so größer sein, je konsequenter die Teilnehmerstaaten ihre Anstrengungen zur Errichtung der europäischen Sicherheit und zur Entwicklung gleichberechtigter Zusammenarbeit im Sinne der auf dieser Konferenz getroffenen Vereinbarungen fortsetzen. Das sind unerläßliche Voraussetzungen dafür, daß die Entspannung zu einem kontinuierlichen, immer lebensfähigeren und umfassenderen Prozeß wird. Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, sind dafür neue aktive Anstrengungen der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller demokratischen und friedliebenden Kräfte, der breiten Öffentlichkeit, der Volksmassen unseres Kontinents erforderlich.

Der demokratische und antifaschistische Kampf der Arbeiterklasse, der Volksmassen in Westeuropa hat heute eine neue Stufe erreicht. Das faschistische Regime in Portugal wurde gestürzt. In diesem Land vollzieht sich ein Kampf für tiefgreifende demokratische und soziale Umgestaltungen. In Griechenland brach die faschistische Diktatur zusammen. In Spanien versucht die Monarchie, Erbe des letzten Bollwerks des Faschismus in Europa, den Franquismus gegen die wachsende und einheitliche Opposition aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte fortzuführen. Im ganzen kapitalistischen Europa hat sich die Bewegung der Werktätigen, der fortschrittlichen Kräfte erweitert, die danach streben, demokratische Veränderungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens herbeizuführen.

Die Teilnehmer der Konferenz begrüßen den historischen Sieg des vietnamesischen Volkes, die Siege der Völker von Laos und Kampuchea über die imperialistischen Aggressoren und die innere Reaktion. Diese Siege sind von weltweiter Bedeutung; sie beweisen, daß es keine Kräfte gibt, die imstande sind, den Willen der Völker zu brechen, für Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen.

Einen wichtigen Beitrag zur Sache des Friedens und der Sicherheit stellen die Beendigung des portugiesischen Kolonialkrieges und die Erringung der nationalen Unabhängigkeit durch die Völker von Guinea-Bissau, Moçambique, São Tomé, der Kapverdischen Inseln und von Angola dar, was den Sturz der Rassistenregimes im Süden Afrikas näherbringt, sowie der Kampf aller anderen Befreiungsbewegungen für die völlige Beseitigung des Kolonialismus.

Das Scheitern der imperialistischen Blockade gegen Kuba, die internationale

Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und die Normalisierung der Beziehungen einer großen Anzahl von Ländern mit der DDR tragen wesentlich zur Festigung der internationalen Sicherheit und zur Stärkung der Positionen des Sozialismus bei.

All das ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Kampfes aller antiimperialistischen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte.

Die sozialistischen Länder spielen auf Grund ihrer Entwicklung, ihres kontinuierlichen ökonomischen Wachstums, das aus dem Charakter der sozialistischen Gesellschaft resultiert, die den Interessen der werktätigen Massen dient, sowie ihrer Außenpolitik, die auf die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz gerichtet ist und immer mehr Einfluß auf die internationalen Beziehungen ausübt, eine herausragende Rolle bei der Verhütung eines neuen Weltkrieges, der Festigung der internationalen Sicherheit und der Fortführung des Entspannungsprozesses.

Zu einer einflußreichen internationalen Kraft sind die Völker geworden, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit errungen haben. Die Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder, an der die Mehrheit der Entwicklungsländer teilnimmt, ist jetzt einer der wichtigsten Faktoren der Weltpolitik. Sie leistet einen aktiven Beitrag zum Kampf für Frieden, Sicherheit, Entspannung und gleichberechtigte Zusammenarbeit, für die Schaffung eines gerechten Systems der internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen, zum Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und alle Formen der Herrschaft und Ausbeutung.

In den kapitalistischen Ländern wachsen die Aktivitäten der Arbeiterklasse und anderer breiter gesellschaftlicher und politischer Kräfte, die für Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Völkern eintreten und einen wichtigen Faktor im Kampf für die Festigung der Entspannung darstellen.

In diesen Ländern entfaltet sich mit wachsender Stärke der Kampf der Arbeiterklasse – der Hauptkraft der gesellschaftlichen Entwicklung, die die Interessen aller werktätigen Massen, die Interessen des sozialen Fortschritts und die gesamtnationalen Interessen zum Ausdruck bringt – sowie der Kampf der anderen demokratischen und antimonopolistischen Kräfte. Dieser Kampf richtet sich gegen die Grundfesten der Herrschaft des Monopolkapitals. Immer breiteren Schichten der Gesellschaft wird die historische Notwendigkeit der Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische Gesellschaft deutlich, die entsprechend dem Willen jedes Volkes aufgebaut wird.

In den neutralen Staaten wachsen die Anstrengungen der Volksmassen, um die Möglichkeiten des Neutralitätsstatus im Interesse des Friedens und der Festigung der Sicherheit auf unserem Kontinent stärker zur Wirkung zu bringen.

Zur Verbesserung des politischen Klimas in der Welt und in Europa trug und trägt der Kampf aller antiimperialistischen, antikolonialen und fortschrittlichen Kräfte bei.

All diese Faktoren sind von entscheidender Bedeutung für die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz, für die Entwicklung einer aktiven Zusammenarbeit zwischen allen Ländern als der einzigen Alternative zu einem nuklearen Weltkrieg.

All das eröffnet dem erfolgreichen Kampf der Völker für die weitere Umgestaltung der internationalen Beziehungen in Europa im Geiste der Entspannung und für Demokratie und Fortschritt neue Möglichkeiten. All das trägt dazu bei, daß der Einfluß der Ideen des Sozialismus auf die gesellschaftliche Entwicklung wächst.

Die Teilnehmer der Konferenz würdigten die Fortschritte, die auf dem Gebiet der Entspannung erzielt wurden. Zugleich unterstreichen sie, daß der Weltfrieden durchaus noch nicht garantiert ist, daß die Entspannung noch nicht stabil ist, daß auf dem Wege zu dauerhafter Sicherheit und Zusammenarbeit noch ernste Hindernisse zu überwinden sind.

Die Konzentration außerordentlich starker Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent, die über die gefährlichsten Zerstörungskapazitäten verfügen, die verstärkte Fortsetzung des Wettrüstens, die Anhäufung immer größerer Waffenvorräte, darunter auch von Massenvernichtungswaffen, die Aufrechterhaltung ausländischer Militärstützpunkte und ausländischer Streitkräfte auf dem Territorium anderer Staaten, der imperialistische Druck und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten bilden eine direkte Gefahrenquelle für den Frieden, die Sicherheit und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten, sind Hindernisse auf dem Wege zur Verwirklichung der Bestrebungen der europäischen Völker nach Unabhängigkeit und Fortschritt.

Die Politik des Imperialismus, des Neokolonialismus und alle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung bleiben weiterhin die Hauptgefahr für den Frieden, die Unabhängigkeit und die Gleichberechtigung der Völker. Gleichzeitig stellen die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung, die nichtgleichberechtigten ökonomischen und politischen Beziehungen eine Quelle von Spannungen und Konflikten dar und sind ein ernstes Hindernis auf dem Weg zur Unabhängigkeit und zum sozialen Fortschritt.

Die Positionen des Imperialismus, dessen Wesen sich nicht gewandelt hat, sind infolge der Veränderungen im Kräfteverhältnis schwächer geworden. Das findet seinen Ausdruck darin, daß er weder imstande ist, die historischen Errungenschaften des Sozialismus rückgängig zu machen, noch das Voranschreiten der fortschrittlichen Kräfte, der Bewegung für die Befreiung und Unabhängigkeit der Völker aufzuhalten.

Die Schwierigkeiten, die der Imperialismus durchmacht, sind das Ergebnis einer weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems, die alle Gebiete der kapitalistischen Gesellschaft – den ökonomischen, sozialen, moralischen und politischen Bereich – erfaßt und sich in unterschiedlichen Formen und Ausmaßen in den verschiedenen Ländern äußert. Mit besonderer Schärfe treten solche charakteristischen Züge der gegenwärtigen ernsten Krise zutage wie die chronische Inflation, die Krise des Währungssystems, die verstärkte Nichtauslastung von Produktionskapazitäten, die Arbeitslosigkeit von Millionen Werktätigen. Sie führt überall zu ernsten Konsequenzen für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse, der Bauern und der Mittelschichten und trifft besonders schwer die Jugendlichen und Frauen sowie die ausländischen Arbeiter. Sie wird von Erscheinungen des moralischen Verfalls und von Erschütterungen begleitet, die von ihrem politischen Charakter zeugen.

Die Krise führt in den internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen zu tiefen Widersprüchen. Sie äußert sich auch in tiefen Handelskonflikten, im erbitterten Konkurrenzkampf der Monopolgruppen verschiedener Länder, darunter der Länder der EWG, sowie in den Widersprüchen zwischen den kapitalistischen Monopolen und den Entwicklungsländern.

All das beweist, daß die ökonomische und soziale Struktur der kapitalistischen Gesellschaft immer mehr in Widerspruch gerät zu den Bedürfnissen der Werktätigen und Volksmassen sowie zu den Erfordernissen des sozialen Fortschritts und einer demokratischen politischen Entwicklung.

Die Arbeiterklasse, die Werktätigen des kapitalistischen Europas kämpfen für einen demokratischen Ausweg aus dieser Krise, der den Interessen der breiten Volksmassen entspricht und den Weg zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft eröffnet.

Die reaktionären Kreise des Großkapitals versuchen, einen Ausweg aus der gegenwärtigen Situation zu finden, indem sie die demokratischen und sozialen Rechte der Volksmassen einschränken und die Lasten der Krise auf sie abwälzen. Darüber hinaus streben diese Kräfte danach, die Politik der Entspannung und aktiven Zusammenarbeit zu verhindern, die Ergebnisse der Konferenz von Helsinki zu untergraben und in den zwischenstaatlichen Beziehungen erneut eine Atmosphäre der Spannung und Konfrontation zu schaffen. Noch immer treten gewisse Kräfte für die Rückkehr zur Politik des kalten Krieges ein, die zur Spaltung des Kontinents in einander gegenüberstehende Blöcke geführt hat. Gegen diese Politik kämpften und kämpfen die kommunistischen Parteien und andere demokratische und friedliebende Kräfte.

Das Wettrüsten muß eingestellt und ein Prozeß der Reduzierung von Rüstungen und Streitkräften eingeleitet werden. Die steigenden Rüstungsausgaben lasten immer schwerer auf den Werktätigen, auf den Volksmassen. Wenn diese riesigen Mittel für die Hebung des Lebensniveaus der Völker, für die Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit, für die Hilfe und Unterstützung der Entwicklungsländer und den Umweltschutz verwendet würden, so wäre das von gewaltigem Nutzen für den Fortschritt der ganzen Menschheit.

Für diese Ziele kämpfen die sozialistischen, nichtpaktgebundenen und andere friedliebende Länder, die kommunistischen und Arbeiterparteien, die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte Europas. Es ist ein dringendes und für alle Völker unseres Kontinents lebenswichtiges Anliegen, den dagegen gerichteten Widerstand der reaktionären Kreise in den Ländern der NATO sowie anderer konservativer Kräfte zu überwinden.

Da die an der Konferenz teilnehmenden Parteien für die Überwindung der Spaltung Europas in Blöcke und für eine Politik der Abrüstung eintreten, sprechen sie sich gegen jegliche Maßnahmen aus, die dazu im Widerspruch stehen.

Zwischen dem Kampf für Frieden, Entspannung, Sicherheit, für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Völkern und Staaten und dem Kampf für neue ökonomische und politische Errungenschaften der Werktätigen, für den sozialen Fortschritt besteht ein enges Wechselverhältnis.

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien sind der Ansicht, daß diese Ziele um so schneller erreicht werden können, je effektiver die Anstrengungen sein werden, um jegliche Tendenzen reaktionären und autoritären Charakters zu durchkreuzen, das Wettrüsten einzustellen, die Abrüstung zu verwirklichen und die Macht der Monopole im Leben der einzelnen Länder und im internationalen Rahmen einzuschränken und zu überwinden.

Sie betrachten den Kampf für Entspannung als einen wichtigen Beitrag zur Schaffung solcher internationaler Bedingungen, die den sozialen Fortschritt begünstigen. Sie sind der Meinung, daß die immer umfassendere Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, insbesondere – was Europa anbelangt – der Prinzipien, die in der Schlußakte der Konferenz von Helsinki enthalten sind, günstige Voraussetzungen für die volle Unabhängigkeit und die selbständige Entwicklung der Länder schafft und den Kampf der Völker für den ökonomischen und sozialen Fortschritt fördert. Sie schafft den Bewegungen für die demokratische und sozialistische Umgestaltung in den kapitalistischen Ländern günstigere Kampfbedingungen. Sie schafft günsti-

gere Bedingungen für die Verwirklichung der Programme der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung der sozialistischen Länder und die immer vollständigere Realisierung der Möglichkeiten des Sozialismus.

Infolge des Wirkens all dieser Faktoren wächst das Streben der Völker nach Gerechtigkeit und Frieden. Zugleich nehmen die Ideale des Sozialismus im Bewußtsein immer breiterer Massen einen immer größeren Platz ein.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien der europäischen Länder haben zusammen mit den anderen demokratischen und friedliebenden Kräften eine entscheidende Rolle in den politischen Aktionen gespielt, die eine Wende zur Entspannung, zur Festigung der Sicherheit und zur Zusammenarbeit in Europa ermöglichten. Die an der Konferenz teilnehmenden Parteien werden auch künftig aktiv für ein Europa des Friedens, der Zusammenarbeit und des sozialen Fortschritts eintreten.

In diesem Sinne werden sie ihre internationalistische, kameradschaftliche, freiwillige Zusammenarbeit und Solidarität auf der Grundlage der großen Ideen von Marx, Engels und Lenin entwickeln, bei strenger Wahrung der Gleichberechtigung und souveränen Unabhängigkeit jeder Partei, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der freien Wahl verschiedener Wege im Kampf um fortschrittliche gesellschaftliche Umgestaltungen und für den Sozialismus. Der Kampf für den Sozialismus im eigenen Lande und die Verantwortung jeder Partei gegenüber der eigenen Arbeiterklasse und dem eigenen Volk sind verbunden mit der gegenseitigen Solidarität der Werktätigen aller Länder, aller fortschrittlichen Bewegungen und Völker im Kampf für Freiheit und die Festigung der Unabhängigkeit, für Demokratie, Sozialismus und den Weltfrieden.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien sind sich bewußt, daß ein Europa des Fortschritts und des Friedens nur das Ergebnis vielfältiger Anstrengungen, das Ergebnis der Annäherung, Verständigung und Zusammenarbeit breitester politischer und gesellschaftlicher Kräfte sein kann.

Sie erachten den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und allen anderen demokratischen und friedliebenden Kräften für notwendig. Dabei gehen sie von dem aus, was ihnen gemeinsam ist, und treten für die Beseitigung des Mißtrauens und der Vorurteile ein, die ihre Zusammenarbeit behindern können.

Sie halten es für ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit aller Volkskräfte auf den Schaden zu richten, den der militante Antikommunismus der Entwicklung der Bewegung für Fortschritt und Frieden zufügt. Die kommunistischen Parteien betrachten nicht alle, die mit ihrer Politik nicht übereinstimmen oder eine kritische Haltung zu ihrer Tätigkeit einnehmen, als Antikommunisten. Der Antikommunismus ist und bleibt ein Instrument, dessen sich die im-

perialistischen und reaktionären Kräfte nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen andere Demokraten und die demokratischen Freiheiten bedienen. Diese Kräfte führen Kampagnen gegen die kommunistischen Parteien, die sozialistischen Länder, angefangen mit der Sowjetunion, gegen die Kräfte des Sozialismus und des Fortschritts; Kampagnen, die darauf abzielen, die Politik und die Ideale der Kommunisten unter den Volksmassen zu diskreditieren, die Einheit der Arbeiterbewegung und die Zusammenarbeit der demokratischen und Volkskräfte zu verhindern. Es liegt im Interesse des Strebens der Volkskräfte nach Fortschritt und demokratischer Entwicklung, daß der Antikommunismus isoliert und überwunden wird. Die kommunistischen und Arbeiterparteien werden so handeln, daß ihre Politik und die Ideale der Gerechtigkeit und des Fortschritts, deren Träger sie sind, immer mehr zu einer Kraft werden, die die breiteste Einheit der Werktätigen und der Volksmassen fördert.

Die Teilnehmer der Konferenz begrüßen die Erfolge, die in einer Reihe von Ländern und auf internationaler Ebene bei der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen kommunistischen und sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien erzielt wurden. Sie sind der Auffassung, daß die Grundinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen die Überwindung der Hindernisse erfordern, die der Zusammenarbeit im Wege stehen und den Kampf der werktätigen Massen gegen das Monopolkapital, gegen die reaktionären und konservativen Kräfte erschweren.

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien bekräftigen erneut, daß sie jegliche Politik und Weltanschauung ablehnen, die ihrem Wesen nach eine Unterordnung der Arbeiterklasse unter das kapitalistische System bedeuten. Sie unterstreichen ihren Willen, konsequent für die Stärkung ihrer Parteien und die Erweiterung ihrer Verbindungen mit der Arbeiterklasse und allen Werktätigen einzutreten. Gleichzeitig unterstreichen sie erneut ihre Bereitschaft, ihren Beitrag zur gleichberechtigten Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften und besonders mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien im Kampf für Frieden, Demokratie und den Fortschritt der Gesellschaft zu leisten.

Der Kampf, den die kommunistischen Parteien und die anderen demokratischen Kräfte der kapitalistischen Länder unseres Kontinents für die Beseitigung aller Überreste faschistischer Regimes, für die Entwicklung der Demokratie, für Frieden, gegen die ständig wachsende Bedrohung führen, die die Tätigkeit der internationalen Monopole und der multinationalen Gesellschaften für die Souveränität und Unabhängigkeit eines jeden Landes darstellt, hat große Bedeutung für die Umwandlung Europas in einen Kontinent des Friedens und des Fortschritts.

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien betonen, daß die Werktätigen gemeinsame Interessen haben und daß ihre gemeinsamen Aktionen eine entscheidende Rolle bei der wirksamen Verteidigung ihrer Rechte spielen. Deshalb halten sie es für wichtig, daß alle Werktätigen, ungeachtet ihrer politischen und religiösen Anschauungen, die Anstrengungen im Kampf für ihre Lebensinteressen vereinigen.

Der Einfluß der Arbeiterklasse wächst durch die Vereinigung der Anstrengungen ihrer Gewerkschaftsorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene. Die Kommunisten werden auch künftig in jeder Hinsicht den Drang nach Einheit, der in den gewerkschaftlichen Organisationen wächst, und deren selbständiges Wirken unterstützen.

Eine wichtige Rolle im Kampf um die Rechte der Werktätigen, für Demokratie und Frieden spielen immer breitere katholische Kräfte, Angehörige anderer christlicher Religionsgemeinschaften und Gläubige anderer Konfessionen. Die kommunistischen und Arbeiterparteien sind sich der Notwendigkeit des Dialoges und gemeinsamer Aktionen mit diesen Kräften bewußt, was ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes für die Entwicklung Europas in demokratischem Geist, in Richtung auf den sozialen Fortschritt ist.

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien wenden sich an die Frauen, deren Beteiligung am Berufsleben, am täglichen sozialen und politischen Kampf zunimmt, und rufen sie auf, ihren Beitrag zur gemeinsamen Sache aller Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts zu verstärken als notwendige Voraussetzung für die Durchsetzung der realen Gleichberechtigung und Befreiung der Frauen.

Die Teilnehmer der Konferenz unterstützen die Bestrebungen der Jugend, in deren Händen die Zukunft unseres Kontinents liegt, mit wachsender Energie am Kampf für ein Europa des Friedens, des Fortschritts und der Freiheit, das der sozialistischen Zukunft entgegengeht, teilzunehmen.

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien wenden sich an die Arbeiter und Angestellten, die Bauern, die Mittelschichten, die wissenschaftlich-technische Intelligenz, die Kulturschaffenden, an alle politischen Parteien, Massenorganisationen und Vereinigungen, an alle Menschen, die am Fortschritt und an der friedlichen Zukunft Europas interessiert sind, mit dem Appell, aktiv für die folgenden Ziele einzutreten:

# 1. Für die Vertiefung des Entspannungsprozesses durch die Verwirklichung effektiver Maßnahmen zur Abrüstung und zur Stärkung der Sicherheit in Europa

Die Teilnehmer der Konferenz rufen auf, für die strikte Einhaltung und volle Verwirklichung der Prinzipien und Abmachungen einzutreten, die in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa enthalten sind, sowie aller Verträge und Abkommen, die der Sache des Friedens und der Sicherheit dienen.

Um die Entspannung dauerhaft zu gewährleisten, weiter zu vertiefen und auszudehnen, müssen die in Helsinki gefaßten Beschlüsse durch den Kampf der Volksmassen für ihre vollständige Verwirklichung, für die Zügelung und Zurückdrängung der reaktionären Kräfte, die die Ergebnisse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ablehnen und den Kurs auf Entspannung und Sicherheit der Völker zu vereiteln suchen, unterstützt und untermauert werden.

Die Konferenzteilnehmer sprechen sich für aktive Handlungen der Volksmassen und aller friedliebenden Kräfte aus, um – unter anderem durch ihre solidarischen Aktionen – entschieden alle Versuche der Einmischung in die inneren Angelegenheiten irgendeines Landes zurückzuweisen und jeder Handlung entgegenzutreten, die das unveräußerliche Recht jedes Volkes antastet, frei und souverän über sein Schicksal zu entscheiden.

Um die Entspannung zu festigen und zu vertiefen, ist es erforderlich, konkrete Maßnahmen zur Abrüstung, zur Gewährleistung der effektiven Sicherheit in Europa durch die Anstrengungen aller Länder, zur Überwindung der Teilung des Kontinents in Militärblöcke zu ergreifen. Europa kann und muß zu einem Beispiel für die praktische Verwirklichung von Maßnahmen zur militärischen Entspannung werden.

Um diese Ziele zu verwirklichen, sind Massenaktionen der Arbeiterklasse, der Werktätigen und aller Völker unseres Kontinents von entscheidender Bedeutung.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien Europas rufen nachdrücklich dazu auf, energisch einzutreten:

– für die Einstellung des Wettrüstens aller Art, besonders der nuklearen Rüstung;
– für die Beschleunigung der Verhandlungen zu Abrüstungsfragen im Rahmen der UNO und wirksame Maßnahmen, die auf die Realisierung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle gerichtet sind;
– für die Beseitigung ausländischer Militärstützpunkte und den Abzug ausländischer Truppen und Rüstungen von fremden Territorien und die Auflösung dieser Truppen;
– für eine systematische Reduzierung der Militärhaushalte aller Staaten, in erster Linie der kernwaffenbesitzenden Staaten sowie anderer Staaten, die über ein großes Militärpotential verfügen.

Es ist dringend notwendig, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu beseitigen, dessen Entfesselung das größte Verbrechen gegen die Menschheit wäre.

Das erfordert:
– die Verpflichtung aller Staaten, auf die Anwendung und die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen, überhaupt auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen unter beliebigen Umständen zu verzichten;
– das nukleare Wettrüsten unter Einschluß der Trägermittel für Kernwaffen einzustellen, alle Kernwaffenversuche in allen Medien zu verbieten;
– wirksame Maßnahmen zum Abzug von Kernwaffen vom Territorium fremder Staaten zu ergreifen und ihre Weiterverbreitung zu verhindern; atomwaffenfreie Zonen zu schaffen als Schritte auf dem Wege zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung;
– Kernwaffen und Trägermittel zu reduzieren, die Ächtung und Einstellung der Produktion sowie die Vernichtung von Kernwaffen aller Art.

Es ist erforderlich, daß alle Staaten, die es wünschen, die Möglichkeit erhalten, die Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu nutzen, auf der Grundlage der Gleichberechtigung, ohne irgendwelche Diskriminierung.

Es ist notwendig, sich weiter dafür einzusetzen,
– daß alle Staaten die Konvention über das Verbot und die Vernichtung bakteriologischer Waffen ratifizieren;
– daß schnellstens ein Vertrag über das Verbot und die Vernichtung der chemischen Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie eine Konvention über das Verbot der Einwirkung auf die Umwelt und das Klima zu militärischen Zwecken abgeschlossen werden;
– daß die Entwicklung und Produktion neuer Arten von Massenvernichtungswaffen und neuer Systeme derartiger Waffen verboten wird;

– daß Maßnahmen ausgearbeitet werden, die ein zufälliges Entstehen bewaffneter Zwischenfälle und deren Hinüberwachsen in internationale Krisen verhindern;
– daß auf jegliche Machtdemonstrationen, die gegen irgendeinen Staat und irgendein Volk gerichtet sind, verzichtet wird.

Die Teilnehmer der Konferenz treten für die Durchführung zwischenstaatlicher Zusammenkünfte und Konferenzen zu Problemen der Abrüstung unter Gewährleistung von Bedingungen für die gleichberechtigte Teilnahme aller Staaten ein. Sie halten es für wünschenswert, für diese Ziele die Möglichkeiten der UNO umfassender zu nutzen.

Sie sprechen sich für die Umwandlung verschiedener Gebiete Europas und der Welt in Zonen des Friedens und der Zusammenarbeit ohne ausländische Truppen und Militärstützpunkte aus.

Ausgehend von dem engen Zusammenhang zwischen der gesamteuropäischen Sicherheit und der Gewährleistung der Sicherheit im Mittelmeerraum, treten die an der Konferenz teilnehmenden Parteien gegen die weitere Anhäufung von Waffen in diesem Gebiet, für den Abzug der mit Kernwaffen ausgerüsteten Schiffe aus dem Mittelmeer, für die Liquidierung aller ausländischen Militärstützpunkte ein und – im Prozeß der Überwindung der Teilung Europas in Militärblöcke – für den Abzug aller ausländischen Kriegsflotten und Truppen, was dazu dienen wird, das Mittelmeer in ein Meer des Friedens zu verwandeln.

Sie treten dafür ein,
– daß alle Verträge und Abkommen, die auf die Einschränkung und die Einstellung des Wettrüstens gerichtet sind, strikt eingehalten werden;
– daß die Streitkräfte und Rüstungen – vor allem in den Gebieten, in denen die militärische Konfrontation besonders gefährlich ist, aber auch in anderen Gebieten des Kontinents – reduziert werden, indem unter Beteiligung aller interessierten Staaten Abkommen abgeschlossen werden, die die Sicherheit keines der Länder beeinträchtigen;
– daß die Schaffung neuer Militärblöcke oder Militärgruppierungen verhindert wird.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien Europas werden entschlossen gegen jegliche Aktionen auftreten, die auf eine Intensivierung des Wettrüstens, auf eine Verstärkung der militärischen Konfrontation gerichtet sind.

Bei der Lösung der Probleme der Abrüstung und der Sicherheit, die für alle Staaten und Völker der Welt von lebenswichtigem Interesse sind, müssen die Sicherheitsinteressen aller Länder und die gleichberechtigte Teilnahme aller Staaten gewährleistet werden.

In der Überzeugung, daß die Überwindung der Teilung Europas in Blöcke

ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung dauerhafter Sicherheit und des Friedens auf unserem Kontinent und in der ganzen Welt ist, treten die Teilnehmer der Konferenz für die gleichzeitige Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages – und, als ersten Schritt, ihrer Militärorganisationen – ein. Sie treten für konkrete Schritte ein, die zu diesem Ziel führen werden.

Die Teilnehmer der Konferenz halten es für dringend erforderlich, die Propagierung von Aggressionskriegen und von Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung in jeglicher Form einzustellen und zu verbieten.

Es ist ebenfalls erforderlich, die Öffentlichkeit, alle Völker umfassend und regelmäßig über den Verlauf der Verhandlungen und die Maßnahmen zu informieren, die zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung unternommen werden.

## 2.
## Den Faschismus austilgen, die Demokratie und die nationale Unabhängigkeit verteidigen

Eine neue Situation hat sich in Spanien herausgebildet. Ein starker und vereinter Kampf, der sich immer offener im Land entwickelt, kündigt das baldige Ende des letzten in Europa bestehenden faschistischen Regimes an.

Die gegenwärtig in Spanien an der Macht befindliche Monarchie setzt den Franquismus fort, verwehrt die Amnestie für die politischen Gefangenen sowie die Anerkennung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte, geht mit Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kräfte vor, die ihren Willen zur vollständigen und echten Demokratisierung des Landes immer tatkräftiger zum Ausdruck bringen. Die Konferenzteilnehmer fordern die unverzügliche Beendigung der Repression sowie eine Amnestie für alle politischen Gefangenen und Emigranten.

Sie wenden sich gegen jeden Versuch, die Politik des Franquismus, in welcher Form auch immer, fortzusetzen, und rufen die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Europas auf, ihre aktive und konkrete Solidarität mit allen antifaschistischen Kräften Spaniens in ihrem Kampf für Demokratie und Freiheit zu verstärken. Ein demokratisches, endgültig von allen faschistischen Überresten befreites Spanien ist für die Sicherheit und den Fortschritt Europas eine Lebensnotwendigkeit.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien bringen ihre Solidarität mit den spanischen Kommunisten zum Ausdruck und begrüßen den Prozeß der wachsenden Einheit der demokratischen Opposition, der antifaschistischen und demokratischen Bewegung Spaniens. Die Einheit und das Zusammenwirken dieser Kräfte bilden die grundlegende Voraussetzung dafür, daß die Kämpfe der Volksmassen bald zur Erringung eines freien und demokratischen Spaniens führen.

Die Teilnehmer der Konferenz begrüßen die fortschrittliche Entwicklung des neuen Portugal, das am 25. April 1974 vom Faschismus befreit wurde. Sie unterstützen jeden Schritt zur Aktionseinheit der Kommunisten, der Sozialisten, der Bewegung der Streitkräfte, aller demokratischen Kräfte, die sich, wie

heute in der Verfassung verankert, zum Ziel gesetzt haben, ein demokratisches und unabhängiges, auf den Sozialismus orientiertes Portugal aufzubauen. Sie bringen ihre Solidarität mit den Kommunisten und allen Demokraten Portugals zum Ausdruck, die Freiheit und Fortschritt gegen die Gefahr der Reaktion und des Faschismus verteidigen, und sprechen sich nachdrücklich gegen jede ausländische Einmischung in die Angelegenheiten des portugiesischen Volkes aus.

Die Teilnehmer der Konferenz bringen ihre Solidarität mit dem Volk Zyperns zum Ausdruck. Sie fordern die unverzügliche Durchsetzung der UNO-Resolutionen über Zypern, die die Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität, der territorialen Integrität der nichtpaktgebundenen Republik Zypern, den unverzüglichen und bedingungslosen Rückzug aller ausländischen Truppen aus Zypern, die unverzügliche Rückführung aller Flüchtlinge in ihre Heimatorte unter sicheren Bedingungen sowie eine friedliche Lösung des Zypern-Problems durch sinnvolle und konstruktive Verhandlungen zwischen den beiden zyprischen Gemeinschaften unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen vorsehen, um in einer Atmosphäre der Freiheit und der Gleichberechtigung zu einer Regelung zu gelangen, die den Interessen der beiden Bevölkerungsgruppen Zyperns, der Griechen und Türken, entspricht.

Die Teilnehmer der Konferenz bringen ihre Solidarität mit dem Kampf zum Ausdruck, den die Kommunisten und alle demokratischen Kräfte Griechenlands nach dem Sturz der Diktatur für die konsequente demokratische Entwicklung und die Erneuerung des Landes, für die Verteidigung seiner nationalen Unabhängigkeit führen.

Die Konferenzteilnehmer bringen ihre Solidarität mit dem gerechten Kampf der demokratischen Kräfte Nordirlands für die Gewährleistung und Verwirklichung der demokratischen und Bürgerrechte zum Ausdruck.

Die Teilnehmer der Konferenz setzen sich entschieden für die Legalisierung der Kommunistischen Partei der Türkei ein und erklären sich mit den demokratischen Kräften dieses Landes solidarisch.

Die Teilnehmer der Konferenz wenden sich gegen jegliche Diskriminierung und Verfolgung von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kräften, gegen die antidemokratische Gesetzgebung der Berufsverbote für Kommunisten und andere Demokraten in der BRD.

Für die Demokratie und den sozialen Fortschritt, für die Aufrechterhaltung des Friedens und internationaler Beziehungen des gegenseitigen Vertrauens und der freundschaftlichen Zusammenarbeit ist es notwendig, den Faschismus auszurotten, sein Wiedererstehen – in offener oder getarnter Form – zu verhindern, die Organisierung und Aktivität faschistischer und neofaschistischer Terrororganisationen und Gruppen sowie rassistische Propaganda und Aktivi-

täten zu bekämpfen, die das Ziel haben, die Arbeiterklasse und andere fortschrittliche Kräfte zu spalten. Mit diesem Ziel muß auch jeder Versuch des äußeren Drucks und der Einmischung, gleich, wo und in welcher Form auch immer, zurückgewiesen werden. Es ist heute notwendiger denn je, den Kampf für die Verteidigung und Entwicklung der demokratischen Rechte zu verstärken, um der wachsenden Tendenz des Monopolkapitals Einhalt zu gebieten, zu repressiven und autoritären Herrschaftsmethoden zu greifen, die die Errungenschaften der europäischen Völker und ihr Voranschreiten auf dem Wege des Friedens und des sozialen Fortschritts bedrohen.

Die Teilnehmer der Konferenz rufen dazu auf, die Massenaktionen zur Unterstützung des Kampfes der Völker für Demokratie, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt zu verstärken.

# 3.
# Für die Entfaltung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit, für bessere Verständigung zwischen den Völkern

Die Teilnehmer der Konferenz gehen davon aus, daß die Entwicklung einer Zusammenarbeit in verschiedensten Bereichen menschlicher Tätigkeit zur Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker, zur Bereicherung der Persönlichkeit im Geiste der Ideale des Friedens, der Demokratie und des Humanismus beiträgt. Voraussetzung und unerläßliche Bedingung dafür ist die Achtung des Rechts des Volkes eines jeden Landes, ohne Einmischung von außen sein politisches, ökonomisches, gesellschaftliches und Rechtssystem selbständig zu bestimmen und zu entwickeln, seine historischen und kulturellen Werte zu schützen und zu mehren.

Die Teilnehmer der Konferenz wenden sich insbesondere an die Arbeiterklasse, die Bauern, die Intelligenz, an alle Werktätigen, für die Vertiefung des demokratischen Inhalts dieser Zusammenarbeit, für die lebendige und tatkräftige Teilnahme ihrer Organisationen an dieser Zusammenarbeit tätig zu werden.

Deshalb rufen die Teilnehmer der Konferenz auf, sich einzusetzen:

- für die Entwicklung und Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf gesamteuropäischer Grundlage in Übereinstimmung mit den in der Schlußakte der Konferenz von Helsinki enthaltenen Prinzipien und Vereinbarungen;
- für die Entwicklung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten, unabhängig von ihren ökonomischen und sozialen Systemen, auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Achtung der nationalen Souveränität eines jeden Staates und des gegenseitigen Vorteils, was die Anwendung des Regimes der Meistbegünstigung und die Beseitigung der Diskriminierungen und Beschränkungen voraussetzt, die die Entwicklung des gesamteuropäischen Handels behindern. Das würde voll und ganz sowohl den Interessen des Kampfes der Werktätigen gegen die Auswirkungen der Krise als auch den Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder Europas entsprechen;

– für die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft und Technik, der Bildung, der Information und der menschlichen Kontakte zwischen allen Völkern zwecks besseren gegenseitigen Kennenlernens und Festigung des Vertrauens, der weiteren Annäherung der europäischen Länder und Völker sowie der geistigen Bereicherung des menschlichen Lebens bei voller Achtung der Gleichberechtigung jedes Volkes und jedes Menschen, unter Wahrung der Souveränität und des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten jedes Landes;
– für die Ratifizierung und strikte Befolgung der von der UNO ausgearbeiteten internationalen Pakte über die Menschenrechte durch alle europäischen Staaten. Dies liegt im Interesse des Kampfes der Arbeiterklasse und aller Werktätigen für reale soziale und politische Rechte, so das Recht auf Arbeit, Bildung, Wohnung und die erforderlichen sozialen Dienstleistungen, auf ausreichende Unterstützung bei Krankheit, Invalidität und im Alter, für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen, für die tatsächliche Teilnahme der Werktätigen an den gesellschaftlichen und staatlichen Entscheidungen;
– für die Garantierung gleicher Arbeitsbedingungen und Löhne der einheimischen und ausländischen Arbeitskräfte. Die sozialen, kulturellen und politischen Rechte der ausländischen Arbeitskräfte und die ihrer Familien sollen auf den Prinzipien der Gleichberechtigung mit den Bürgern des Aufenthaltslandes beruhen. Die Wahrung ihrer staatsbürgerlichen Rechte im Heimatland ist zu sichern;
– für die strikte und volle Verwirklichung der Grundsätze der Schlußakte der Konferenz von Helsinki, die die nationalen Minderheiten betreffen, durch alle Staaten;
– für die Aktivierung und solidarische Unterstützung des Kampfes gegen die Politik der multinationalen Monopole, die sich negativ auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen auswirkt und die nationalen Interessen der Völker, die Souveränität der Staaten grob verletzt;
– für die Förderung von Städtepartnerschaften, Verbindungen zwischen Betriebskollektiven, Einrichtungen der Wissenschaft und Kultur, für die Erweiterung des Austausches von Studiendelegationen verschiedener Organisationen und Vereinigungen, für die Entwicklung des Tourismus;
– dafür, daß die Massenmedien auf der Grundlage objektiver Informationen überall dem gegenseitigen Kennenlernen, der Verbreitung von Ideen für eine bessere Verständigung, für die Vertiefung der Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammenarbeit der Völker dienen;
– für eine Intensivierung des Austausches von Kulturgütern und Kunst-

schätzen, was der Verwirklichung der Ideale der Gerechtigkeit, Freiheit, Brüderlichkeit und Freundschaft zwischen den Völkern dient. Die Teilnehmer der Konferenz rufen die Wissenschaftler, Kultur- und Kunstschaffenden dazu auf, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu erweitern.

# 4.
# Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt in der ganzen Welt

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien sind überzeugt, daß der Kampf für ein Europa des Friedens, der Zusammenarbeit und des sozialen Fortschritts ein wichtiger Beitrag ist zur Lösung der politischen, ökonomischen und sozialen Probleme der ganzen Welt, die die gleichberechtigte Teilnahme aller Länder erfordert. Die positiven Veränderungen auf unserem Kontinent schaffen günstige Bedingungen für den Befreiungskampf der Völker, für den Kampf gegen die Kriegsgefahr, für die Entspannung auch in anderen Teilen der Welt, für den Kampf der Völker gegen den Neokolonialismus und alle Formen nationaler Unterdrückung. Die kommunistischen und Arbeiterparteien Europas betonen die große Bedeutung der von den Teilnehmerländern der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa übernommenen Verpflichtung, ihre Beziehungen mit allen anderen Ländern im Geiste der in Helsinki vereinbarten Prinzipien zu gestalten.

Gleichzeitig hat der Kampf der Völker jener Länder, die vor kurzem ihre Unabhängigkeit erkämpften, gegen den Imperialismus und jegliche Herrschafts- und Ausbeutungsformen, für die Errichtung einer den Interessen der Völker entsprechenden neuen internationalen ökonomischen Ordnung große Bedeutung für die progressive Umgestaltung der Welt und ist eine machtvolle Unterstützung des Kampfes der europäischen Völker für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt.

Die Teilnehmer der Konferenz treten ein:

– für die Beseitigung der Kriegsherde durch Verhandlungen und strikte Erfüllung getroffener Abkommen, insbesondere für die vollständige und gerechte Regelung des Nahostkonflikts, die den Abzug der israelischen Truppen von allen 1967 okkupierten arabischen Gebieten, die nationale Unabhängigkeit, die Sicherheit und territoriale Integrität aller Staaten dieses Raumes garantiert und das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf seinen nationalen Staat gewährleistet; sie wenden sich gegen jegliche äußere Einmischung in die Angelegenheiten der Völker des Nahen Ostens;

- für die weitere Unterstützung der Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea in ihren Anstrengungen zur Überwindung der Schäden, die ihnen der Aggressionskrieg zufügte, in ihrem Kampf für die friedliche, demokratische Entwicklung ihrer Länder;
- für die Unterstützung der Regierung und des Volkes der Volksrepublik Angola und deren Anstrengungen, die auf die Festigung der nationalen Unabhängigkeit und die Entwicklung auf dem Wege des Fortschritts abzielen;
- für die Freilassung aller von der faschistischen Junta eingekerkerten chilenischen Patrioten und Demokraten, für verstärkte internationale Solidaritätskampagnen zur Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes um Wiederherstellung der Menschenrechte und demokratischen Freiheiten in Chile; für die unverzügliche Einstellung des Terrors und der Repressalien gegen Kommunisten und andere Demokraten in Uruguay, Paraguay, Guatemala und einigen anderen Ländern Lateinamerikas;
- für die allseitige Unterstützung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in ihrem Kampf um die friedliche demokratische Vereinigung des Landes ohne jegliche Einmischung von außen;
- für die Unterstützung des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker, der Völker Südafrikas, Namibias und Simbabwes und all derer, die gegen Kolonialismus und Rassismus kämpfen und die Opfer von Aggressionen sind;
- für die strikte Befolgung des durch UNO-Beschlüsse gegen die Rassistenregimes verhängten Handelsembargos, den Abbruch der Beziehungen aller Staaten zur Regierung der Republik Südafrika und in erster Linie für die völlige Einstellung von Waffenlieferungen an diese Regierung.

Die Demokratisierung der internationalen Beziehungen und die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils für alle Völker sind Ziele von großer Bedeutung im Kampf für die Errichtung einer vom Imperialismus und vom Neokolonialismus freien internationalen Gemeinschaft, in der die tiefgreifenden Disproportionen zwischen entwickelten und Entwicklungsländern überwunden werden können und die auf der vollen Unabhängigkeit einer jeden Nation, auf ihrer aktiven Teilnahme an der Lösung der Probleme der Menschheit beruht.

Eine breite internationale Zusammenarbeit wird immer notwendiger, um den Frieden zu sichern, eine gerechte Regelung der internationalen Konflikte zu erreichen, die Sicherheit zu festigen und praktische Schritte zur Abrüstung zu verwirklichen. Diese Zusammenarbeit ist notwendig, um die Schaffung neuer, gerechter internationaler Wirtschaftsbeziehungen vor-

anzubringen. Eine solche Zusammenarbeit würde auch beitragen, solche komplizierten und grundlegenden Probleme zu lösen wie die des Hungers in der Welt, des Analphabetentums, des Umweltschutzes, der Verschmutzung der Atmosphäre und der Meere, der Erschließung und Nutzung neuer Energiequellen, der Abwendung von Naturkatastrophen, der Vorbeugung und Heilung der gefährlichsten Krankheiten.

Das erfordert die Beseitigung des Kolonialismus und Neokolonialismus; die Schaffung einer neuen internationalen ökonomischen Ordnung; die Gewährleistung von Bedingungen für die soziale und ökonomische Entwicklung aller Länder, in erster Linie der am schwächsten entwickelten Länder; die Organisierung einer breiten internationalen Zusammenarbeit, die die eigenen Anstrengungen der Völker der Entwicklungsländer zur Beseitigung der Kluft zwischen diesen und den entwickelten Ländern unterstützen soll; die ungehinderte Ausübung des Rechtes eines jeden Volkes, souverän über seine nationalen Reichtümer zu verfügen; Zugang aller Staaten zu den Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik; Herstellung eines gerechten Verhältnisses zwischen den Preisen für Rohstoffe sowie landwirtschaftliche Produkte und den Preisen für Industrieerzeugnisse; eine breite Entwicklung der Handelsbeziehungen ohne jedwede künstliche Schranken und Diskriminierung. Die europäischen Länder können zu diesen Zielsetzungen einen bedeutsamen Beitrag leisten.

Die sozialistischen Länder, die Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder, die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte in den Entwicklungsländern, die Arbeiter- und die demokratischen Bewegungen kämpfen für die Durchsetzung neuer internationaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung. Immer breitere politische und wirtschaftliche Kräfte in den kapitalistischen Ländern tragen auch zur Verwirklichung dieser Forderung unserer Zeit bei. Solche Beziehungen dienen der Sache des Friedens, der Entspannung und des sozialen Fortschritts in der ganzen Welt und entsprechen voll und ganz den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen Europas.

Die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien messen der Rolle der Vereinten Nationen bei der Lösung internationaler Probleme unter gleichberechtigter Teilnahme aller Staaten, bei der Entwicklung der Zusammenarbeit und der Verständigung zwischen den Staaten, bei der Festigung der Sicherheit und bei der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in der ganzen Welt große Bedeutung bei.

Die Teilnehmer der Konferenz rufen die Werktätigen und alle demokratischen und friedliebenden Kräfte Europas auf, neue Anstrengungen zu unternehmen und neue Aktionen zu organisieren, um die Solidarität mit allen

Völkern der Welt im Kampf für ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu verstärken. Das wird zum wichtigsten Faktor für die Festigung ihrer sozialen und nationalen Gleichberechtigung und ist zugleich ein wichtiger Beitrag für die Sache des Friedens, der Sicherheit und des sozialen Fortschritts in der ganzen Welt.

✦ ✦
✦

Die Teilnehmer der Konferenz sind der Meinung, daß die Durchsetzung der Ziele, für die sie eintreten, einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege zur Umgestaltung Europas zu einem Kontinent des Friedens, der Sicherheit, der Zusammenarbeit und des sozialen Fortschritts darstellen würde. Sie unterstreichen ihre Entschlossenheit, die mit der Entspannung geschaffenen Möglichkeiten zur Erreichung greifbarer Ergebnisse zu nutzen, die sowohl den Klasseninteressen der Werktätigen als auch den nationalen Interessen eines jeden Volkes und den Interessen des Fortschritts der gesamten Menschheit entsprechen.

Die auf der Konferenz vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien treten für einen konstruktiven Dialog mit allen demokratischen Kräften unter voller Wahrung der Eigenständigkeit und der Selbständigkeit aller dieser Kräfte ein, um zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit im Kampf für Frieden, Sicherheit und sozialen Fortschritt zu gelangen. Sie wenden sich an die Arbeiterklasse, die Bauern, die Mittelschichten, die Vertreter von Wissenschaft und Kultur, die Frauen, die Jugendlichen, an alle fortschrittlichen, demokratischen und friedliebenden Kräfte und Parteien, an die demokratischen Massenorganisationen, ihre Anstrengungen im Interesse einer friedlichen Zukunft und des Aufblühens aller Nationen und Völker unseres Kontinents zu verstärken.

Es sind mehr als drei Jahrzehnte seit dem großen Sieg über den Faschismus vergangen. Die Umwandlung Europas in einen Kontinent dauerhaften Friedens wird zur höchsten Ehrung für alle diejenigen, die für diesen Sieg gekämpft haben und ihr Leben lassen mußten. Die an der Berliner Konferenz teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien sind überzeugt, daß die Verwirklichung der auf ihrem Treffen gewiesenen großen Ziele den Interessen aller Völker entspricht und ein wichtiger Beitrag für die Sache des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie und des Sozialismus auf dem ganzen Erdball sein wird.